



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Oktober 2005-I

## Inhalt:

1. Leserbrief: Führen mit Zielen: „Es graut mir“
2. Innenminister Dr. Ingo Wolf (NRW) zu Steuerungssystemen
3. Ja zum Führen mit Zielen - aber richtig!
4. 60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund
5. Was können Tarifverträge leisten?
6. Newsletter der GdP bestellen!
7. Demokratiemüde? Ganz im Gegenteil!
8. CDU: Lebensarbeitszeit - Zweigeteilte Laufbahn
9. Sinti und Roma
10. Leserbrief: Kein Kommunistisches Manifest
11. Terminhinweis: GdP-Weinprobe
12. Zur Erinnerung
13. Leserbrief zu „Nachgefragt“

### 1. Leserbrief: Führen mit Zielen: „Es graut mir“

„Hallo KollegInnen von der GdP.

Mit Interesse habe ich die vorletzte "Kurz berichtet" gelesen. Ich finde sie zwar als GdP-Mitglied immer interessant, aber dieses Mal erregte sie besonders meine Aufmerksamkeit.

Bereits beim Eingangsthema, Eurer Glosse, blieben meine Augen hängen und verfolgten die Geschichte dieses seltsamen Völkchens in diesem seltsamen, doch bestimmt weit, weit entfernten Reich. Ich hasse ja nichts so sehr als Mutmaßungen, die womöglich nachher nicht einmal zutreffen. Klar, ich bin schließlich Polizist und mich interessieren die Tatsachen (Fakten, Fakten und an die Leser denken; so der beliebte Werbespruch einer großen Wochenzeitschrift). Wenn, ja wenn mir nicht zu dieser bestimmt frei erfundenen Geschichte eine sehr reale und sehr traurige einfällen würde.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich beschäftige mich schon lange mit dem Thema Landesziele. Und da gibt es bei mir einige Punkte, die mich entweder ärgern, oder mich vor kopfschütteln gar vergessen lassen, welch edler Sinn doch diesen Zielen innewohnen mag.



Zum einen stört mich bereits heftigst der Begriff "Landesziele". Im Grunde sind die Ziele, die auf eine PI z.B. erfüllt werden sollen, keine Landesziele, sondern Richtgrößen, die zwischen der PI und der vorgesetzten Behörde vereinbart wurden. Und diese Ziele weichen von PI zu PI und von PP zu PP voneinander ab. Also sollen

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

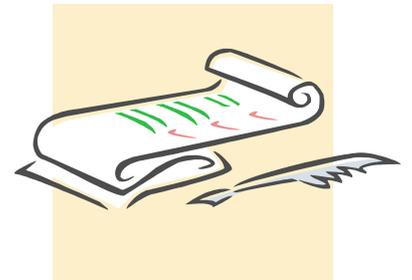
GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



viele kleine Ziele helfen, die ganz großen, edlen und hehren Ziele zu verwirklichen. Der Haken an der Geschichte ist der: Mit mir hat niemand etwas vereinbart, und mit meinem DGL auch nicht. Wie also kann man da von Vereinbarung sprechen?! Und so sind diese Ziele doch überschrieben: "Zielvereinbarung zwischen PD X und PI Y, bzw. PI Y und den DG'en".

Zum anderen ist mir da ein Gespräch mit meinem L/PI im Sinn, über das ich mich noch heute nicht genug wundern kann. Ausgangssituation für dieses Gespräch war ein Rapporteintrag von mir über eine Vk im Rahmen einer Nachtschicht. Ganz lapidar: VK mit Schwerpunkt X, soviel kontrollierte Fahrzeuge, Alcotest, Mängelbericht, Verwarnung, blablabla.

Wir gerieten in ein Streitgespräch, in dem es darum ging, wie man eine Schwerpunkt-VK am besten in den Rapport einträgt, damit sie auch landeszielkonform in der Statistik Berücksichtigung finden kann. Und genau hierbei fiel der Satz, den ich so schnell nicht vergessen werde: **"Sie werden sehen, wenn wir die Ziele nicht erfüllen, dann wird das Niederschlag in der Beurteilung finden"**. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher. Wollte er mich damit unter Druck setzen oder nur weit blickend auf Zukünftiges hinweisen?! Ich nehme mal letzteres an. In diesem Fall weiß ich jedoch nicht mehr, wem ich mehr glauben soll. Denen, die sagen, es wird definitiv nicht in der Beurteilung berücksichtigt (weder positiv, noch negativ), oder denen, die bereits voller Furcht die alten Strichlisten haben am Horizont wieder auftauchen sehen??



Jedenfalls schloss das Gespräch mit der rhetorischen Frage, ob ich denn die Stellungnahme abgeben wolle, wenn er (der L/PI), bei der Vorstellung der neuen Statistiken der Landesziele beim PP sitzt und gefragt wird, warum dieses und jenes Ziel hier und dort erreicht wurde, jedoch ausgerechnet bei seiner PI nicht. Was soll man noch dazu sagen?!

Irgendwo graut es mir, in welche Zukunft wir uns derzeit bewegen. Wirtschaftlicher Niedergang hat auch immer größeres Streitpotenzial bei der Bevölkerung verursacht. Das ist nur zu natürlich und verständlich. Und genau das bemerkt man mittlerweile im Umgang mit dem noch so was von "Oben". Motivation in unseren Reihen eine Frage am Rande.



Naja, was soll's. Was mache immer mehr akademisierten besser dafür bezahlt werden,

ich mir Gedanken? In einer Polizei gibt es Leute, die als ich Nichtakademiker.

Abschließend bleibt mir nur auch weiterhin mit Euren Kurzberichten so tapfer die Basis mit Informationen zu versorgen.

noch Euch dazu zu ermuntern,

Mit freundlichen Grüßen

PS: Ich bin mit einer Veröffentlichung meiner Meinung einverstanden, jedoch nur anonymisiert.“

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99



## 2. Innenminister Dr. Ingo Wolf (NRW) zu Steuerungssystemen

Anlässlich der Amtseinführung des neuen Vorsitzenden der NRW-GdP **Frank Richter** hielt der erst vor wenigen Wochen neu gewählte Innenminister von NRW eine Rede. Auszüge:

*"Das Steuerungs- und Führungssystem der Polizei ist in den vergangenen Jahren teilweise massiv in die Kritik geraten. In seiner jetzigen Form wird es in Zukunft nicht weiter existieren. Natürlich sind Steuerung und Führung in der Polizei, wie in jeder Großorganisation, weiterhin erforderlich. Die Frage ist jedoch, wie man ein solches System einsetzt und zu welchem Zweck.*



*Unsere Ziele hier sind klar: Vereinfachung statt Überfrachtung, Akzeptanzsteigerung statt Frust, Praxisnähe statt Theorielastigkeit. Bis zu 2.200 erhobene Kennzahlen, kleinteilige Zielvereinbarungen und Rückmeldeworkshops, die kostbare Arbeitszeit verschwenden, wird es mit mir nicht mehr geben. Die Rückmeldeworkshops sind bereits ausgesetzt.*

*Wir werden die operative Arbeit, insbesondere die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit, deutlich verbessern."*

*"Wir werden die Polizei von überflüssiger Verwaltungsarbeit befreien und die Binnenorganisation der Polizei optimieren. So wird wirksam Bürokratie abgebaut. Es geht darum, Schwerpunkte der Polizeiarbeit zu benennen und nicht um aufwendige und wenig sinnhafte Zielvereinbarungsprozesse."*

Ferner kündigte Wolf an, die Polizei aus der Mittelinstanz herauszulösen. Er folgt damit dem rheinland-pfälzischen Weg, der von Innenminister Walter Zuber bereits 1993 eingeschlagen worden war. Außerdem führt Wolf zwei Polizeireiterstaffeln mit insgesamt 50 Pferden und Reitern wieder ein.

## 3. Ja zum Führen mit Zielen - aber richtig!

**Alfons Meyer**, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats Trier und Schriftführer der GdP zu FmZ und OpCo:

*"Natürlich gibt es auf jeder Dienststelle Möglichkeiten, Strichlisten auch auf andere Art und Weise zu erstellen. POLADIS, etc. schafft auch hierzu schon lange die Möglichkeit. Die hatte man ja selbst damals, als man noch von Hand notierte. Das ist aber nicht die Frage:*



*Die Frage sollte doch sein ob OPCO geeignet ist, eine Verbesserung bei dem herbei zu führen, was wir alle auch einsehen:*

Durch einen Prozess zur Vereinbarung von Zielen eine positive Auswirkung auf das polizeiliche Alltagsgeschäft (die pol. Auftragserledigung) zu erhalten.

*Und dazu ist eben die Anzeige mit rotem oder grünem Balken, dann wenn man sie nur auf Zahlen bezieht und eben nicht auf Wirkung, absolut ungeeignet.*

*Mehrere uns vorliegende Beispiele sind doch geradezu der Beweis dafür, dass wir eine Vielzahl von Führungskräften haben, bei denen es eben nicht angekommen ist, dass Führung was anderes bedeutet als "Zahlen zusammenzählen", um dann beim nächsten Beförderungsgespräch auch ein positives Votum zu erzielen.*



Die Frage ist: Wollen wir den mündigen, am polizeilichen Ziel orientierten Polizeibeamten (ich gebe zu, dass es einfacher ist, den anderen zu händeln, der auf die Ansage 30 Blutproben müssen her, dann auch 30 bringt, um mit C beurteilt zu werden, während derjenige, der 40 bringt, mit A beurteilt werden kann) oder haben Führungskräfte nicht, unter dem Motto, Polizeiarbeit ist Teamarbeit, auch eine Verpflichtung, bei der Erreichung von Zielen (z.B. Verringerung der Unfälle an einer bestimmten Kreuzung; Zurückdrängen von Tageswohnungseinbrüchen in einem bestimmten Wohngebiet pp.) unsere Leute kreativ mit auf den Weg zu nehmen?

Dazu ist die Anzahl der Kontrollmaßnahmen in dem Wohngebiet nicht unbedingt Voraussetzung. Vielleicht kommt jemand auch auf die Idee mal mit den Anwohnern zu sprechen? Wenn dann der Blick in POLADIS - oder was auch immer - zeigt, dass die Gesamtzahl der Einbrüche gefallen ist, ist es doch das, was man wollen sollte.

Manche Vorgesetzte wollen nicht den mündigen Bürgerpolizisten, weil es viel mehr Mühe macht, den zu führen. Die wollen den Polizisten, und das ist meine Berufserfahrung in vielen Jahren, dem man sagt: "Geh Fußstreife!" und der dann nicht mehr darüber nachdenkt, ob das vielleicht sinnvoll sein könnte oder, nicht. Dem es egal ist, was er macht.

Der auch die einzige Überholverbotsstrecke kontrolliert, weil er damit seine Anzahl von Knöllchen zusammenbekommt, egal, was der mündige Bürger dazu sagt."

**Ernst Scharbach:** "Die grundsätzliche Haltung der GdP zum Führen mit Zielen und zu OpCo wurden in der OpCo-Sonderausgabe von 'Kurz berichtet' im April 2005 dargestellt. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert."

[http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/kb-opco\\_DE/\\$file/kb-opco.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/kb-opco_DE/$file/kb-opco.pdf)

[http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/kb-opcoApril\\_DE/\\$file/kb-opcoApril.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/kb-opcoApril_DE/$file/kb-opcoApril.pdf)

[http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/lj0305/\\$file/DP\\_03\\_05.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/lj0305/$file/DP_03_05.pdf)

[http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/lj0205/\\$file/DP\\_02\\_05.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/lj0205/$file/DP_02_05.pdf)

#### 4. 60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund

**Dietmar Muscheid** (DGB West) hatte eingeladen und über 150 Gäste folgten seiner Einladung in den Osteiner Hof in Mainz, heute genutzt von der Bundeswehr, vor 60 Jahren Geburtsort der Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz. Am 10. September 1945 hob die französische Besatzungsmacht das Organisationsverbot für die ArbeitnehmerInnen auf und machte damit offiziell den Weg frei für die Gründung der Gewerkschaften. Damit lag der Start noch vor der Geburtsstunde von Rheinland-Pfalz, das am 30. August 1946 durch die Verordnung Nr. 57 der Besatzungszone geschaffen wurde.

In Anwesenheit der fast gesamten Ministerriege, von CDU-Chef **Böhr**, FDP-Grande **Brüderle**, Verfassungsgerichtspräsident **Meyer** und vielen anderen Prominenten erinnerte Ministerpräsident **Kurt Beck** an die großen Verdienste der Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten. Demokratie sei ohne Gewerkschaften und ohne Mitbestimmung für ihn undenkbar.

Die ganz hervorragende Festrede hielt der Journalist der Süddeutschen Zeitung **Heribert Prantl**, dessen neuestes Buch "Kein schöner Land" auch an dieser Stelle zur allgemeinen Lektüre empfohlen sei.

Für die GdP nahm GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** an der Feierstunde teil: "Die GdP ist fest im DGB verankert und die Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz könnte besser nicht sein!"





## **5. Was können Tarifverträge leisten?**

### **Veranstaltung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit**

In den anstehenden Diskussionen über Wege aus der Arbeitslosigkeit wird auch die Rolle des Tarifsrechts sehr kontrovers gesehen. Auf der einen Seite wird gesagt, das bestehende Tarifvertragsrecht und die Tarifverträge seien nach unten zu wenig flexibel, die Einstiegsgehälter zu hoch und die Arbeitszeitregelungen zu starr. Gesetzliche Öffnungsklauseln für Tarifverträge seien deshalb erforderlich.

Auf der anderen Seite wird das bestehende Tarifvertragssystem verteidigt und hervorgehoben, dass durch die Flächentarifverträge, d.h. durch eine möglichst gleichmäßige Bezahlung für gleiche Arbeit, die Gefahr einer unangemessenen Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern ausgeschlossen werde. Eine Öffnung von Tarifverträgen an den Tarifvertragsparteien vorbehalte den sozialen Frieden.

Eingeräumt wird, dass der technisch-organisatorische Fortschritt, der wirtschaftsstrukturelle und auch der sozio-kulturelle Wandel in der Arbeitswelt eine stärkere Differenzierung im Flächentarifvertrag erforderlich mache. Dies haben die Tarifvertragsparteien allerdings längst erkannt und die vorhandenen Flächentarifverträge sind bereits im Sinne einer verbesserten Beschäftigungswirksamkeit weiter entwickelt. Wie weit dieser Flexibilisierungsprozess vorangeschritten ist, mit welchen Chancen eine Beschäftigungsförderung durch Tarifpolitik verbunden ist und an welche Grenzen sie stößt, wurde im Rahmen der Veranstaltung diskutiert.

Dr. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung, machte klar deutlich, dass gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie, etwa durch die Neudefinition des Günstigkeitsprinzips oder durch die Möglichkeit zur Tarifunterschreitung ohne Beteiligung der Tarifvertragsparteien (Gewerkschaften) zu einem grundlegenden tarifpolitischen Systemwechsel führen würden. Ökonomische und soziale Steuerungsfunktionen der Tarifpolitik würden weiter drastisch geschwächt. Von dem Grundsatz „Tarifverträge sind wie ein Gesetz“ würde sich dadurch immer weiter entfernt.



## **6. Newsletter der GdP bestellen!**

Mehr als 200 Personen haben sich mittlerweile beim Newsletter der GdP eingetragen. Auf diese Weise kann man selbst dafür sorgen, Flugblätter und den 'Kurz berichtet' zu erhalten, wenn man keinen Zugriff auf das VPN der Polizei hat. Genutzt wird die Möglichkeit vorwiegend von Rentnern und Pensionären, aber auch von KollegInnen im Auslandseinsatz oder auf Lehrgängen. Auch interessierte Politiker und Journalisten finden sich in der Liste.

Der Link: <http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/Newsletter>

## **7. Demokratiemüde? Ganz im Gegenteil!**

Die GdP hat – einer rheinland-pfälzischen Tradition folgend – auch für die Landtagswahl am 26. März 2006 ‚Wahlprüfsteine‘ entwickelt. Sie wurden den Kreisgruppen und dem Landesvorstand zur Überarbeitung übersandt, den KollegInnen im höheren





Dienst per eMail und allen anderen Mitgliedern auf Abruf bei der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Die vielen Rückmeldungen belegen, dass die Polizistinnen und Polizisten keineswegs demokratiemüde sind! **Ernst Scharbach**: „*Es war zwar eine Heidenarbeit, die Anregungen einzuarbeiten, aber es hat sich gelohnt.*“ Das Papier wird anlässlich der Sitzung des Landesvorstandes am 18. Oktober endgültig diskutiert und beschlossen werden.

### **8. CDU: Lebensarbeitszeit - Zweigeteilte Laufbahn**

Bei einem Treffen mit dem Arbeitskreis Innen der CDU-Landtagsfraktion - zeitweilig begleitet vom Fraktions- und Landesvorsitzenden der CDU **Christoph Böhr** - diskutierte

die GdP aktuelle Themen aus dem Polizeibereich. Insbesondere Schreiben von Herrn Böhr zur Wiederherstellung der



Lebensarbeitszeitgrenze von 60 Jahren an einen Polizisten und ein Interview in der Westerwälder Zeitung u.a. zur zweigeteilten Laufbahn hatten für erhebliche Aufregung gesorgt. (s.a. DP 7 und 8/2005) Fazit: Die CDU will die Lebensarbeitszeit wieder auf 60 senken und an der zweigeteilten Laufbahn festhalten, wenn sie im März an die Regierung kommt.

Der ausführliche Bericht folgt in der November-Ausgabe der 'Deutschen Polizei'.

### **9. Sinti und Roma**

*"Die Landesregierung und der Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. setzen sich dafür ein, jeglichen Diskriminierungen von Angehörigen der Minderheit entgegenzuwirken.*

*Diese Verpflichtung gilt gerade auch für Angehörige von Bevölkerungsgruppen wie z.B. den Sinti und Roma, denen in der Zeit des Nationalsozialismus schwerstes Unrecht durch staatliche Organe widerfahren ist. Schon der Respekt vor den Opfern verbietet es der Polizei, Angehörige der Sinti und Roma zu diskriminieren, Vorurteile zu fördern oder zu wecken. Hierzu gehören vor allem Angaben über die Minderheitzugehörigkeit von Beschuldigten in Polizeiberichten und gegenüber Dritten einschließlich der Presse."* (Artikel 4 der Rahmenvereinbarung)

In einer Rahmenvereinbarung vom 25. Juli 2005 haben die Landesregierung RP und der Landesverband RP der Sinti und Roma Festlegungen zur Achtung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität von Angehörigen der Minderheit vereinbart. Dazu gehören insbesondere auch Maßnahmen zur besseren Eingliederung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.

Die Rahmenvereinbarung kann bei der GdP angefordert werden.

### **10. Leserbrief: Kein Kommunistisches Manifest**

*"Lieber Ernst,  
am Kurzbericht gefallen mir die kurz und straff formulierten Informationen.*



Warum aber manche Beiträge dort erscheinen, ist mir völlig schleierhaft. Ein Beispiel: Nr. 11 aus der Septemerausgabe. Was hat der Hör Tipp zum kommunistischen Manifest (!) in einer GdP-Veröffentlichung zu suchen? Selbst wenn du in dem Text aktuell einen "entfesselten Kapitalismus" annimmst, gäbe es meines Erachtens genügend polizei- und fachorientierte Literatur, die eine Empfehlung wirklich wert wäre.

Mein Tipp: Verzichtet auf politische Färbung - egal welcher Farbe"  
Dr. Axel Henrichs

### **11. Terminhinweis: GdP-Weinprobe**



Ein ‚kulinarisches Feuerwerk‘ verspricht die Mainzer GdP bei der Weinprobe am 3. November 2005 um 19:30h in Siefersheim (Nähe Stein-Bockenheim). Im stilvollen Winzerhof Zimmermann wird ein Fünf-Gang-Menü (auf Wunsch auch vegetarisch) eingeraht von 10 typisch rheinhessischen Weinsorten.

GdP-Preis: nur 29 € Details und Anmeldung bei: Koll. Jung, Dehos und Remmet.

Gäste aus allen Landesteilen sind herzlich willkommen!

### **12. Zur Erinnerung**

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

### **13. Leserbrief zu „Nachgefragt“**

„Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich seit vielen Jahren Mitglied der SPD bin. Dennoch ärgert mich die Handlungsweise der Landesregierung genauso wie jeden andere/n Kollegen/In was die Verlängerung unserer Lebensarbeitszeit betrifft. Die ständige Wiederholung an sich stört mich keineswegs; im Gegenteil: es sollte alle Gewerkschaftsmitglieder "auf die Palme" bringen und Nahrung für hartnäckige Proteste sein.

Was in letzter Zeit und künftig an "Gürtel-enger-schnallen" auf uns Bürger (nicht nur Polizeibedienstete) zukam und noch kommen wird, ist nicht das Werk einer einzelnen Partei (in dem Fall von SPD u. FDP), sondern das Diktat der leeren Kassen. Dass die Union bei der Wahl so schlecht abschnitt, hat u.a. damit zu tun, dass ein noch grausameres "Engerschnallen der Gürtel "auf uns alle zukommen wird.

Ehrlich gesagt, gehe ich lieber länger arbeiten bei vollem Gehalt, als hoffnungslos arbeitslos zu sein.“

„Hallo Ernst!

Meiner Meinung nach kann der Passus "Zur Erinnerung" gestrichen werden.

Gruß Matthias“

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)